

## **Ordentlicher SPD-Parteitag Berlin vom 4.-6. Dezember 2011**

Beschluss - Nr. 4

### **Mehr Demokratie leben**

#### **Kurzfassung:**

Die Menschen wollen mehr mitreden und mitentscheiden. Wir brauchen deshalb endlich auch auf Bundesebene eine bürgerfreundliche Regelung für die Durchführung von Volksbegehren und Volksentscheiden, niedrigere Quoren und neue Beteiligungsformen.

Die SPD will breite Beteiligungsrechte der Bürger einführen und setzt so neue Maßstäbe für die Transparenz und Mitbestimmung demokratischer Prozesse. Neben der Einführung von Volksbegehren und Volksentscheiden ist die Umsetzung einer sogenannten „Volksgesetzgebung“ ein zentraler Bestandteil des Konzeptes. Die Bürger können so selbst unmittelbar Gesetze im Rahmen einer Volksgesetzgebungs-Initiative einbringen und vorantreiben.

Bereits 2002 hatten die Fraktionen von SPD und Grünen einen Gesetzentwurf zur Einführung einer Gesetzgebung unmittelbar durch das Volk eingebracht. Dieses scheiterte am Widerstand von Union und FDP. An diesen Gesetzentwurf will die SPD jetzt anschließen.

Die SPD schlägt vor, dass ein Volksentscheid auf Bundesebene angenommen ist, wenn die Mehrheit der Abstimmenden zugestimmt hat und mindestens ein Fünftel der Stimmberechtigten sich an der Abstimmung beteiligt haben. Für Verfassungsänderungen gelten erheblich höhere Quoren. Es geht nicht darum, Bundestag oder Bundesrat abzuwerten, sondern darum, die öffentliche Debatte stärker mit dem politischen Prozess in den Parlamenten zu verbinden.

Die SPD will nicht, dass nur eine kleine Schicht einer gutgebildeten Elite Bürgerbeteiligung mit ihren Themen und Interessen dominiert. Die Politik muss lernen, Bürgerinnen und Bürger mehr, direkter und früher in Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Die SPD will neue und frühzeitige Formen von Bürgerbeteiligung bei Großprojekten gesetzlich festlegen. Es geht darum, Bürgerbeteiligung nicht als Blockadeinstrument, sondern als Gestaltungschance zu nutzen.